

Frankfurter Allgemeine Archiv

Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 17.03.2013, Nr. 11, S. 37

Manager, haftet mit eurem Geld!

Ein Vorschlag zur Begrenzung exzessiver Gehälter.

Von Volker Grossmann und Guy Kirsch

Gegen hohe Managerlöhne und astronomische Boni wäre nichts, aber auch gar nichts einzuwenden, wenn Manager ihrer Aufgabe gerecht würden, Investitionsprojekte ausfindig zu machen, die nachhaltig Arbeitsplätze schaffen, die Produktivität erhöhen und somit den Lebensstandard in der Volkswirtschaft insgesamt mehren. Diese Aufgabe ist im Zuge der Globalisierung der Güter-, Kapital- und Arbeitsmärkte komplexer geworden, so dass außergewöhnliches Managementtalent durchaus höher bewertet werden mag als in der Vergangenheit.

Wenn also gegenwärtig die Managerlöhne und Boni in der Diskussion stehen, dann nicht weil sie hoch sind, sondern höher als von der erbrachten Leistung her gerechtfertigt. Anders ausgedrückt: Kaum jemand würde Kritik üben, wenn Manager verdienen, was sie gemäß ihres Auftrags verdienen.

Deutlich wird dies, wenn man bedenkt, dass die astronomischen Gagen von Opernstars und von Fußballhelden durchwegs kein Anlass zur Empörung sind. Es ist zwar allgemein bekannt, dass diese Gagen astronomisch hoch sein können, doch gelten sie insofern als gerechtfertigt, als sie dem Nutzen entsprechen, den der Opernbesucher oder der Fußballfan hat.

Anders bei den Managern. Gerade in der jüngeren Vergangenheit hat sich der Verdacht aufgedrängt, dass viele Zeitgenossen Summen verdienen, denen kein entsprechendes Verdienst gegenübersteht. Entsprechend groß sind die Animositäten gegen die sogenannten Wirtschafts- und Bankbosse; entsprechend brennend auch die Verletzung des Gerechtigkeitsgefühls, entsprechend groß die Gefahr eines Zerfalls des gesellschaftlichen Zusammenhalts.

Man soll sich nicht täuschen: Die Occupy-Bewegung muss keineswegs eine kurzfristig aufgeflammete, im Letzten folkloristische Erscheinung gewesen sein. Die Kritik an den Managergehältern sollte vielmehr deshalb ernst genommen werden, weil sie im Letzten ein

Ausdruck des Verlusts an Glaubwürdigkeit der existierenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ist. Das ist angesichts der hohen und wachsenden Einkommensungleichheit alles andere als erstaunlich. Neue Studien legen nahe, dass die Ungleichheit hauptsächlich aufgrund von Einkommenszuwächsen der obersten Einkommenschichten zugenommen hat, die sich einen Großteil des Wirtschaftswachstums des letzten Jahrzehnts aneignen konnten, während die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise jedoch hauptsächlich von den unteren Schichten getragen werden.

Angesichts dieser dramatischen Entwicklungen kann sich eine Verteidigung der noch gängigen Entlohnungspraxis als ungemein gefährlich erweisen. Dann nämlich muss sich die Wut der Bürger nicht in der Rede von den Wutbürgern erschöpfen, sondern dann kann sie sich - wie vor einiger Zeit etwa in London - mehr oder weniger gewalttätig entladen.

Dies bedeutet, dass ein geordneter Rückzug das Gebot der Stunde ist. Ohne Reformen der bisherigen Praxis wird es nämlich mit einiger Wahrscheinlichkeit zu einem ungeordneten Rückzug kommen, und dieser wird dann gewiss für alle Beteiligten verlustreicher sein: An einer mangels Reform erschütterten Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung werden alle leiden.

Dazu muss es nicht kommen: Dort, wo - wie etwa in der Schweiz - die Bürger in direkter Demokratie die Möglichkeit hatten, nicht nur ihre Wut auszudrücken, sondern Reformen zu erzwingen, haben sie es getan. So wurde nicht nur das Ausmaß des Unwillens über die jetzige Praxis sichtbar, sondern es wurden auch Wege aufgezeigt, wie dem Missstand gegebenenfalls begegnet werden kann. Auch sind anderweitig, so etwa in der EU, Bemühungen im Gang, dem Problem der Entlohnungs- und Boni-Exzesse beizukommen.

Symptomatisch ist auch, dass am Tag nach der schweizerischen Abstimmung bundesdeutsche Politiker aller Parteien mit einer geradezu verdächtigen Beflissenheit den Eidgenossen Beifall spendeten, ganz so, als hätten sie schon immer nichts anderes im Sinn gehabt, als die Managerlöhne und Bankerboni zu begrenzen. Auch wenn einige Politiker noch hoffen mögen, dass sich die Diskussion bald wieder legt: Die Entlohnungspraxis in den Chefetagen ist gesellschaftsweit zum Skandalon geworden; die Wut ist in der Mitte der Gesellschaft angekommen.

Es will also scheinen, dass wir auf gutem Wege sind, die Manager nur ihrem Verdienst entsprechend verdienen zu lassen. Dies mag man wohl wünschen, doch muss dies nicht unbedingt so sein. Es ist nämlich keineswegs einfach, dieses Verdienst festzustellen. Zum einen mag das erwirtschaftete Geschäftsergebnis nicht nur ein Verdienst der Führung sein: Selbst Friedrich II. wusste, dass der Erfolg nicht nur von der eigenen Tüchtigkeit abhängt, sondern

man auch - wie er sich ausdrückte - "Fortune" haben muss. Hier stellt sich also die Frage, ob ein Manager dafür belohnt werden soll, weil er eben Glück gehabt hat. Beispielsweise boomen derzeit die Aktienmärkte hauptsächlich aufgrund der durch die Notenbanken der westlichen Welt ausgelösten Liquiditätsschwemme. Es gibt jedoch noch immer wenig institutionelle Schranken, die verhindern, dass dieses neuerliche Luftschloss nicht in hohen Bankboni mündet, bevor es wie eine Seifenblase zerplatzt.

Solche Auswüchse werden möglicherweise auch nicht dadurch verhindert, dass institutionell geregelt wird, wer hinfort über Gehälter und Boni von Managern befinden soll; gedacht ist an die Aktionäre, die innerhalb vom Staat festgesetzter Grenzen entscheiden sollen. Auf diese Weise hofft man, der raffgierigen Selbstbedienung der Manager einen Riegel vorzuschieben und sicherzustellen, dass diese nur nach Maßgabe der Dienste entlohnt werden, die sie den Aktionären leisten. Auch mag man versuchen sicherzustellen, dass nur langfristig gesicherte Dienste entlohnt werden.

Dies geht gewiss in die richtige Richtung, wird dem Problem aber nur teilweise gerecht. Zum einen ist zu bedenken, dass in einer Aktionärsversammlung die Manager der dort tonangebenden Großaktionäre sich in stillschweigender Kumpanei Saläre und Boni zuschanzen mögen, die jenseits dessen liegen, was sie an Leistungen im Dienste der Shareholder und der Stakeholder erbracht haben.

Zum anderen mögen, wie bereits angedeutet, die erwirtschafteten Gewinne - wie dies in der Vergangenheit nicht selten den Fall gewesen ist - ihre Ursache in Risikogeschäften haben, die nur deshalb eingegangen worden sind, weil damit gerechnet werden konnte, dass die Steuerzahler in Form von Rettungsmaßnahmen für die Verluste aufkommen würden. Hier wurde zwar oft von Managern, Aktionären und Anlegern exorbitant viel verdient, doch sind mit dem Argument des "systemischen Risikos" diese Verdienste von den Steuerzahlern des einen oder anderen Landes ohne Gegenleistung finanziert worden. Beispielsweise ist im Zuge des Euro-Rettungsschirms, entgegen der Rhetorik der verantwortlichen Politiker, nicht ein Cent bei der griechischen, irischen oder spanischen Bevölkerung angekommen. Lediglich haben die Geberländer oftmals ihre eigenen Banken als Gläubiger fauler Kredite abgelöst und die Staatsschulden notleidender Länder sogar noch in die Höhe getrieben. Die Banken müssen bis heute trotz dieser großzügigen Sozialisierung der Verluste ihrer riskanten Investitionsentscheidungen nicht offenlegen, ob sie durch Schuldnerausfall in ihrer Existenz bedroht sind oder waren. Der vielbeschriebene Dominoeffekt bei Bankenpleiten und der Finanzbedarf einzelner Banken basieren also auf purer Spekulation. Informationen über eine drohende Bankenkrise hat die Politik nicht und kann sie gar nicht haben, da die Banken auch bei Empfang staatlicher Milliardenhilfen keine Pflicht haben, ihre Positionen offenzulegen. Der

Gesetzgeber könnte das leicht ändern und somit die Exekutive in die Lage versetzen, zu beweisen, dass Bankenhilfen zu Lasten der Steuerzahler notwendig sind. Bankmanager profitieren von der Unwissenheit der Politik. Ihre einzige Leistung mag indes darin bestehen, unwissenden Politikern ein Systemrisiko einzureden, ohne Beweise liefern zu müssen.

Ein weiterer Punkt ist in diesem Zusammenhang zu berücksichtigen: Es ist durchaus denkbar und wohl mehr oder weniger häufig der Fall, dass die erwirtschafteten Gewinne ihre Ursache darin haben, dass Machtpositionen auf dem Markt, Monopole, Kartelle, und die Preisführerschaft in Oligopolen einzelnen Unternehmen erlauben, die Kunden "abzuzocken". Es ist nicht einzusehen, warum dies als eine Leistung anzusehen ist, die durch hohe Managergehälter, Boni und - seitens der Aktionäre - durch hohe Dividenden honoriert werden soll. So spielt gerade staatliche Politik eine Rolle für ausufernde Machtpositionen von Großunternehmen. Die Milliardengewinne der Pharmabranche wären beispielsweise ohne staatlich garantierte Monopole für Medikamente durch das Patentsystem und durch das Gesundheitssystem gesicherte, teils absurde Medikamentenpreise nicht denkbar. Die gebetsmühlenartigen Hinweise auf die angeblichen Innovationsanreize durch diese staatliche Sicherung von hohen Profiten der Pharmaunternehmen entsprechen in keiner Hinsicht dem Stand der wissenschaftlichen Diskussion in der Innovationsökonomie. Ohne eine solche Politik könnte ein Konzern wie Novartis - wie geschehen - seinem ausscheidenden Topmanager niemals eine "Abgangsentschädigung" von 60 Millionen Euro anbieten.

Rückblickend ist demnach festzuhalten, dass die bisherigen Politikentwürfe, die Managergehälter und Boni zu begrenzen und an den Entscheid der Aktionäre zu binden, wohl zu begrüßen sind, sich jedoch die Frage stellt, wie - über sie hinausgehend - weiter zu verfahren ist. Dazu Folgendes: Zum einen hat die Politik darauf hinzuwirken, dass Machtstellungen auf dem Markt abgebaut werden; zum andern ist sicherzustellen, dass nur solche Risiken eingegangen werden, die ohne systemischen Schaden im Falle von Verlusten von jenen getragen werden können, die diese Risiken eingegangen sind. Zudem mögen die Aktionäre dafür Sorge tragen, dass auch angestellte Manager möglichst in einer Situation sind, die jener entspricht, in welcher sich Eigentümerunternehmer befinden. Genauer: Sie sollen möglichst mit ihrem eigenen Eigentum für ihr Tun haften. Dies wird gegenwärtig schon dadurch angestrebt, dass Boni in Form von Optionen gegeben werden, die erst nach einer bestimmten Zeit realisiert werden können. Die Frage ist, ob dies reicht; aus folgendem Grund: Diese Optionen stellen nämlich eine Art von "Spielgeld" dar, das der einzelne Manager im Zweifel risikoreich verspielen kann, ohne sein eigenes Eigentum einzusetzen. In der Schweiz müssen Manager von Aktiengesellschaften, die das Unternehmen aus welchem Grund auch immer verlassen, dies von nun an ohne Erhalt einer Abfindung tun. Es wäre bedenkenswert, wenn zudem jeder Manager einen Teil seines bereits bestehenden Vermögens in jenes Unternehmen investieren müsste, in

dem er tätig sein will, und somit für etwaige Fehlleistungen haftet. Dann erst bestünde größere Hoffnung als bisher, dass seine persönlichen Interessen eng an die Interessen des Unternehmens gebunden sind.

Volker Grossmann ist Professor für Makroökonomie an der Universität Freiburg/Schweiz.

Guy Kirsch ist Professor für Neue Politische Ökonomie an der Universität Freiburg/Schweiz.

Kastentext:

Selbst Friedrich II wusste, dass auch der Tüchtige Fortune haben muss.

Nicht immer hat der Gewinn etwas mit der Leistung des Managers zu tun.

Bildunterschrift: Die Top-Verdiener unter den Dax-Vorstandschefs (v.l.n.r. mit Jahresgehältern in Euro):

Martin Winterkorn (VW), Dieter Zetsche (Daimler),
Peter Löscher (Siemens), Wolfgang Reitzle (Linde).

Fotos dpa, Laif, Andreas Müller, Jan Roeder.

14.6 MIO.

8.2 MIO.

7.9 MIO.

6.9 MIO

Alle Rechte vorbehalten © Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main
Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte für F.A.Z.-Inhalte erwerben Sie auf www.faz-rechte.de